

29.06.2006 - 13:32 Uhr

EU-Studie: eGovernment-Angebote der Behörden EU-weit erneut verbessert / Durchbruch in der Schweiz lässt weiterhin auf sich warten

Brüssel/Zürich (ots) -

Die grundlegenden Dienstleistungsangebote der Behörden im Internet in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) sowie Island, Norwegen und der Schweiz erreichen nun im Durchschnitt 75 Prozent des maximal möglichen Online-Umsetzungsgrades. Das bedeutet eine Zunahme von rund zehn Prozentpunkten gegenüber der letzten Untersuchung vom Oktober 2004. Damit ist erstmals im Schnitt die Stufe der so genannten Zwei-Wege-Interaktion erreicht. Das heisst, der Datenaustausch zwischen Behörden und Wirtschaft beziehungsweise Bürger ist möglich. Deutlich stärker als der Ausbau in den alten Mitgliedsstaaten der EU mit einem Plus von rund sechs Prozentpunkten ging die Online-Fähigkeit von Leistungen der Verwaltung in den zehn neuen EU Mitgliedsstaaten mit 16 Prozentpunkten voran. Knapp die Hälfte (48 Prozent) aller untersuchten Angebote können inzwischen vollständig über das Internet abgewickelt werden (plus acht Prozentpunkte). Das sind die Kernergebnisse der sechsten jährlichen Untersuchung der Management- und IT-Beratung Capgemini im Auftrag der Europäischen Kommission zum Fortschritt der Online-Verfügbarkeit von Dienstleistungen der Öffentlichen Hand. Untersucht wurden 20 von der EU definierte Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen, die über insgesamt 12.590 Internetadressen angeboten werden. Stand ist April 2006, die vorherige Untersuchung fand im Oktober 2004 statt.

Schweiz leicht verbessert, bleibt aber im letzten Drittel

Das am weitesten entwickelte europäische Land beim eGovernment ist nun Österreich, gefolgt von Malta und Estland. Die Schweiz konnte beim Online-Umsetzungsgrad zwei Prozentpunkte zulegen, ist aber im Ländervergleich von Platz 20 auf 22 zurückgefallen. Der Wert von 11 Prozent bei den vollständig online-verfügbaren Diensten reicht nur für den vorletzten Platz im Ländervergleich. "Trotz dieser ernüchternden Ergebnisse gibt es innovative Entwicklungen. So bietet beispielsweise das neue Internet-Portal für kleine und mittelständische Unternehmen detaillierte Informationen für Unternehmensgründer und die Möglichkeit, Unternehmen online zu registrieren", erläutert Tom Gensicke, Leiter Public Services bei Capgemini in der Schweiz. "Die dezentralisierte Herangehensweise beim eGovernment reflektiert die kantonale Struktur in der Schweiz. Die Regierung hat aber erkannt, dass eine nationale eGovernment-Strategie notwendig ist. Diese wird in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden entwickelt und Ende 2006 präsentiert."

Neue Trends in der Bereitstellung der Dienstleistungen

Die am weitesten fortgeschrittenen Länder konzentrieren sich nicht mehr auf die reine Bereitstellung von Services. Sie entwickeln zunehmend intelligente Lösungen, die sich an den Bedürfnissen der Nutzer orientieren, weniger an gewachsenen Behördenstrukturen. Mittelfristig ist hier eine neue Dimension in der Qualität der Leistungen zu erwarten, da die behördenübergreifende Bereitstellung von Dienstleistungen erhebliche Synergien ermöglicht.

Elektronische Dienstleistungsangebote für Bürger nach wie vor schlechter

Wie in den Vorjahren bleiben auch in der nun sechsten Untersuchung des Online-Angebots der Öffentlichen Hand die Dienstleistungen für

Unternehmen (85 Prozent Umsetzungsgrad) besser ausgebaut als die für Bürger (68 Prozent Umsetzungsgrad). Noch deutlicher wird dies beim Anteil vollständig online-verfügbarer Dienste. Dort sind zwei Drittel der untersuchten Leistungen für die Wirtschaft vollständig elektronisch verfügbar, jedoch nur ein Drittel der Serviceangebote für Bürger. Insbesondere in den alten EU-Mitgliedsstaaten gibt es Anzeichen, dass sich die Lücke langsam zu schliessen beginnt (sieben Prozentpunkte Zuwachs bei den Bürgerdiensten gegenüber vier Prozentpunkten bei Diensten für Unternehmen). In den zehn neuen EU Staaten liegt der Zuwachs in beiden Kategorien mit 17 beziehungsweise 16 Prozentpunkten etwa gleichauf. Tom Gensicke: "Die höheren Zuwachsraten in den neuen EU Staaten sind natürlich auch auf die niedrigeren Ausgangspositionen zurückzuführen. Es zeigt sich aber auch, dass die neuen Staaten die Bedeutung des eGovernments erkannt haben und die Zuwachsraten hoch bleiben." So finden sich vier neue Mitgliedsländer unter den ersten zehn Plätzen, darunter mit Malta und Estland zwei der ersten drei.

Untersuchung und Foto von Tom Gensicke unter http://www.ch.capgemini.com/de/presse/pressemitteilungen/eu_studie/

Pressekontakt:

Pressekontakt:

World Trade Center
Leutschenbachstrasse 95
CH-8050 Zürich

Tel.: +41 (44) 560 26 01

Fax: +41 (44) 560 25 00

E-Mail: Carsten.Luehr@capgemini.com

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100005449/100512108> abgerufen werden.